

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Geegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postsache-Konto: Berlin 606.

Berlin

Bezugspreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Ann. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzeige] Nr 346

FREITAG, 21. JULI 1933

ABEND-AUSGABE

Roosevelt erwägt Börsen-Aufsicht

Die Ursachen des New-Yorker Kurssturzes

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung
NEW YORK, 21. JULI

Der heftige Kurssturz, der jetzt auf den amerikanischen Börsen- und Aktienmärkten eingetreten ist, hat mehrere Ursachen. Zunächst einmal ist es eine technische Reaktion auf die vorangehende Woche, die in ihrem Ausmaß an die spektakuläre Ausmaß des Jahres 1929 erinnert. Der Rückschlag wurde bereits seit Tagen erwartet; aber wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt, war alles erlaubt, als es dann in Wirklichkeit eintrat.

Eine zweite Ursache des Kurssturzes sind wirtschaftspolitische Art. Roosevelts Politik geht dahin, Preissteigerungen nur im Einklang mit der zuvor erfolgten Kaufkraft-Erweiterung zu gestatten. So drängt der Chef der Außenbehörde, General Johnson, immer wieder auf Lohnsenkungen, auf Arbeitsreduktion und auf zünftige Beschäftigung. In, er erklärte sogar gestern, daß die amerikanische Wirtschaft in einem Monat oder in zweien einer schweren Krise unterliegen würde, wenn es nicht gelänge, die beiden Punkte des Rooseveltischen Programms in Übereinstimmung miteinander durchzuführen. Diese Rede übte eine starke, jammernswürdige Wirkung auf die Börse aus.

Die Regierung fürchtet die Hausse auf den Börsen- und Effektenbörsen um so mehr, als sie eine Wiederholung der Vorgänge des Jahres 1929 vermeiden möchte. Sie hält es für ungewisssam, den Börsen allzu reichlichen Kredit zuzugewähren, weil sie fürchtet, daß das sich an der Börse (speziell) befristete Kapital nicht der Wirtschaft zufließen würde. Infolgedessen wird in Washington gegenwärtig der Plan erzwungen, die Börsen- und Effektenbörsen zur Verminderung übermäßiger Kurschwankungen der Bundesaufsicht zu unterstellen.

Um einem solchen Schritt vorzubeugen, hat soeben die Chicagoer Getreidebörse Maßnahmen für die Preisbewegungen festgelegt, die am einzelnen Wertpapier erfolgen dürfen. Der Weizenpreis darf an jedem Tag keine größeren Kursprüngnisse machen als um 8 Cent je Bushel. Für den Maispreis sind 5 Cents, für den Hafer 4 Cents festgelegt worden. Ferner bleiben die Getreidebörsen in Chicago und Kansas City heute für jeden Verkehr geschlossen. Eine Entscheidung über eine Schließung der Börsen in Duluth und Minneapolis ist bis zur Stunde noch nicht gefallen.

Am einen solchen Schritt vorzubeugen, hat soeben die Chicagoer Getreidebörse Maßnahmen für die Preisbewegungen festgelegt, die am einzelnen Wertpapier erfolgen dürfen. Der Weizenpreis darf an jedem Tag keine größeren Kursprüngnisse machen als um 8 Cent je Bushel. Für den Maispreis sind 5 Cents, für den Hafer 4 Cents festgelegt worden. Ferner bleiben die Getreidebörsen in Chicago und Kansas City heute für jeden Verkehr geschlossen. Eine Entscheidung über eine Schließung der Börsen in Duluth und Minneapolis ist bis zur Stunde noch nicht gefallen.

Verkürzte Arbeitszeit - erhöhte Löhne

Roosevelt hat der Zwangsverordnung (Blanket Code), die die verkürzte Arbeitswoche eine Erhöhung der Grundlöhne in allen Industrien festsetzt, zugestimmt. Durch diese Verordnung ist auch jede künftige Kinderarbeit verboten. Gleichzeitig damit hat Roosevelt einen Aufruf an die Bevölkerung ertönen, in dem er weitgehende Unterstützung des Rotprogramms fordert.

Rückschlag in Amerika

Die Entwertung des amerikanischen Dollars und Wertpapiersturz hat in den letzten beiden Tagen eine Unterbrechung erfahren. Die Entmischung der amerikanischen Wirtschaft ist in ein Zwischenstadium getreten, das freilich nur kurze Zeit andauern mag.

Der Rückschlag auf den Börsen- und Aktienmärkten wird durch die nachstehende Tabelle illustriert:

In Dollar	7.7.	17.7.	20.7.
S. S. Ind. Alcohol	69—	91.50	82.50
U. S. Rubber	15.38	22.88	18.50
Anacosta Copper Mining	20.25	21—	18.75
Weizen in Chicago	96 1/2	116—	90—
Paumwolle in New York	10.70	11.65	10.55
Raumfahrt in New York	7 1/2	9 1/4	8 1/4

Dieser Rückschlag ist zum Teil eine Korrektur spekulativer Überreibungen. Daß aber die Hausse von vornherein einen derart spekulativen Charakter hatte, lag in der Natur der Sache. Wenn eine Regierung vertritt, es sei ihr Ziel, das Preisniveau zu heben, und sie habe die Absicht, die Währung bis zu 50 Prozent zu entwerten, so fordert sie damit die Spekulation heraus. Auf den Märkten wird stets die künftige Entwertung im Kurs vorweggenommen.

Selten hat sich dem Handel eine scheinbar so gefahrlöse, in den Wäldern der Regierung scheinbar derart entsprechende Möglichkeit einer Kursaufhebung. Daß jetzt ein Rückschlag, über dessen Dauer, wie erwähnt, nichts vorausgesetzt werden kann, eintrat, hat einen wirtschaftlichen und einen wirtschaftspolitischen Grund. Auf den Börsenmärkten hat sich zwar die stillstehende Lage bereits seit vielen Monaten gebessert, so daß die Absicht, der Tiefpunkt der Krise sei überwunden, nicht unerschütterlich sein mag. Aber weder hat sich bisher die industrielle Nachfrage nach Rohstoffen erheblich gebessert, noch ist ein lebigerer Bildung der Vorräte, eine entscheidende Besserung des ungenutzten Produktionsraums eingetreten. Die Hausse auf den Börsenmärkten ist in den letzten Wochen vielfach so stark gewesen, daß sie den Niedrigpreis des Dollarkurses mehr als ausglich; die amerikanischen Börsenpreise sind auch in Gold umgerechnet gestiegen. Doch ist die hier und da in der Welt sichtbar gewordene Belebung der Wirtschaft nicht hart genug, um Preissteigerungen dieses Ausmaßes zu tragen.

Sinnig kommen die wirtschaftspolitischen Erwägungen der amerikanischen Regierung, die allerdings für die Öffentlichkeit nicht ganz durchsichtig sind. Präsident Roosevelt scheint die Absicht zu haben, die Anfruhlung der amerikanischen Konjunktur auf dem Wege über eine steigende Walfenlaufkraft über Lohnsenkungen also durchzuführen. In einer Weisung, die er am 16. Juli erließ, sprach er aus: „Wenn wir die Preise ebenso schnell wie die Löhne in die Höhe treiben würden, so müßte unter ganzer Plan ohne Wert sein.“ Gegenwärtig scheint eher die Absicht zu bestehen, Preise und Löhne im Gleichstand in die Höhe zu schieben. Infolgedessen haben sich einige führende Wirtschaftspolitiker des Rooseveltischen Grundbesatzes energisch gegen die spekulative Aufwärtsbewegung der Börsen- und Effektenmärkte gewandt und damit auch den gemäßigten Einfluß auf das Preisniveau an den Börsen ausübt.

Wir glauben indes, daß die amerikanische Regierung ihr Ziel nicht in der gemäßigten Weise wird durchführen können. Die verschiedenen Märkte haben ihrer Natur nach eine verschiedene Gangart; die Bewegungen der Preise auf den Effektenmärkten erfolgen stets in einem anderen Tempo als die der Preise etwa im Einzelhandel oder der Preise für die Arbeitskraft, das heißt, der Löhne. Es ist gerade ein Zeichen für den beginnenden Aufschwung, wenn die Effektenmärkte vor allen übrigen Preisen den Aufstieg beginnen; es kommt in dieser Hausse die spekulative Vorwegnahme der Konjunktur zum Ausdruck, und zugleich fördert sie die Konjunktur, indem der Wirtschaft auf dem Wege über die Effektenbörsen Kapital zugeführt wird.

Die Behandlung, die gegenwärtig die amerikanischen Börsen durch die Regierung Roosevelt erfährt, eine Behandlung, die in Übereinstimmung mit der bank- und börsenrechtlichen Haltung Roosevelts und seiner Gefolgschaft steht, wird deshalb, so müssen wir fürchten, der amerikanischen Wirtschaft eher abträglich sein als ihr nützlich.

Denn hat es den Anschein, als sei der Rückschlag an den amerikanischen Börsen nicht nur eine Folge rein innerameri-

Deutsche Christen - Evangelium und Kirche

Der Aufmarsch zur Kirchenwahl am Sonntag

Die Vorbereitungen für die Wahl der kirchlichen Gemeindevertretungen am kommenden Sonntag sind in vollem Gange. Im allgemeinen gehen sich zwei Lagen gegen die der „Deutschen Christen“ und die Kirche, zu der sich die Jungreformatorische Bewegung mit verwandten kirchlichen Gruppen zusammengeschlossen hat. Die frühere Spaltung zwischen Nationalen und Liberalen, die noch bei den letzten Reichswahlen bestand, tritt diesmal nicht mehr in Erscheinung, weil sie für die kirchenpolitische Orientierung keine nennenswerte Bedeutung mehr zukommt.

In verschiedenen Bundesländern hat sich nun in den letzten Tagen die kirchenpolitische Situation zu entwickeln, daß nur Wahlvorstände von Seiten der „Deutschen Christen“ eingerichtet wurden oder daß doch unter ihrer Führung eine Einzelhilfe geschaffen wurde, die den maßgebenden Einfluß der Deutschen Christen sichert. Es ist dies, wie bereits berichtet wurde, in Baden, Hessen-Nassau und Sachsen-Anhalt, Hamburg, Bremen, Frankfurt a. M. in der Pfalz, im mittelfränkischen Gebiet und in einem großen Teil Oberdeutschlands sein Wahlkampf stattfinden. Im allgemeinen geht es dort auf der Einzelhilfe oder dem allein vorliegenden Wahlvorstand der „Deutschen Christen“ bezeichneter Vertreter als gewöhnt. Den „Deutschen Christen“ kommen dabei mindestens 51

vom Hundert aller Sitze zu, vielfach ist ihr prozentualer Anteil wesentlich höher. Auch in Berlin besteht in einzelnen Gemeinden offenbar die Möglichkeit, daß schon vor der Wahl eine derartige Mandatsverteilung erfolgt.

*

Die evangelischen Pastoren Frankfurts veröffentlichte eine Erklärung, in der sie betonen, daß ein Wahlkampf die Evangelischen auf dem Wege zu dem gemeinsamen großen Ziel auseinanderbrechen und zu neuen verhängnisvollen Spaltungen führen könne. Bei der Ziele der Bewegung sei es unmöglich, einen kirchlichen Wahlkampf in voller Freiheit und Gerechtigkeit zu führen. „Wir lehnen darum das Eintreten in einen Wahlkampf ab, lehnen es insbesondere ab, jetzt in einem Wahlkampf uns auseinanderzusetzen mit der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, die selbst noch aus schwerer um ihre innere Klärung ringt. Wir haben uns aus diesen Gründen trotz ernstlicher und schwerer Bedenken entschlossen, eine uns vorliegende Einzelhilfe nicht anzunehmen. Wir sind zu lebhafter Mitarbeit an den neu zu schaffenden Kirchenorganen bereit in jedem Vertrauen darauf, daß die staatliche und kirchliche Führung uns die Möglichkeit bietet, im Gehorham gegenüber dem Evangelium zu stehen und mitzuarbeiten. Wir erwarten dabei, daß die Berührung und Vermischung politischer und religiöser Gesichtspunkte von allen Seiten überwunden wird.“

Die Untersuchung des Reichstags-Brandes

Hauptverhandlung im September

Von zukünftiger Seite wird über den Stand des Verfahrens in der Reichstagsbrandfahse mitgeteilt:

„Nachdem die gerichtliche Voruntersuchung gegen einen Teil der Angeklagten schon vor einigen Tagen abgeschlossen worden war, ist sie namentlich auch gegen die übrigen Angeklagten durch den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts abgeschlossen worden. Die Voruntersuchung hat sich infolge des großen Umfangs der anzuwendenden Ermittlungen länger hingezogen. Die

Allen werden von dem Oberreichsanwalt mit der Anklagebeschriftung gegen die Hauptbeschuldigten in den nächsten Tagen dem vierten Straßensatz des Reichsgerichts vorgelegt werden. Mit der Hauptverhandlung in der Sache kann hiernach wohl in der ersten Hälfte September gerechnet werden.“

Auch Finnland im Pattisthem

STOCKHOLM, 21. JULI

Durch Beschluß der finnischen Regierung hat sich Finnland dem Nichtangriffspakt angeschlossen, den die Comintern bereits mit sieben Nachbarstaaten eingegangen ist.